

## **Eröffnung der Ausstellung „30 Jahre Gesamtschule in NRW“ – Rheydt, 15. März 2002**

*Richard Kelber, Dortmund*

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin kein Lehrer, kein Pädagoge und kein Schulforscher (mehr). Und meine Erinnerungen an die Schule sind fast ausschließlich insofern gut, als diese in mir den Widerspruchsgeist, den Geist der Opposition gefördert hat. Zwar nicht ganz freiwillig, aber immerhin. Schließlich ist auch das ein Verdienst. Denn die Opposition ist das Ferment der Demokratie. Das wussten früher noch relativ viele politisch engagierte Menschen. Diese Einsicht gilt allerdings heute, da alles in die sogenannte Regierungsverantwortung drängt, weithin als obsolet. Wer weiß, wie es mir an einer Gesamtschule mitsamt Konfliktpädagogik ergangen wäre.

Dass ich heute hier anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „30 Jahre Gesamtschule in NRW“ oder „Die Schule für alle Kinder“ – 30 Jahre Kampf für eine demokratische Schule“ einige Worte zu Ihnen sprechen darf (und kann), hängt damit zusammen, dass ich mich einige Jahre intensiv mit der Gesamtschule in NRW beschäftigt habe. Meine Diplomarbeit hatte diese zum Thema. Und Ausgangspunkt meiner Dissertation war eine Projektwoche an der Gesamtschule Dortmund-Scharnhorst.

Das ist lange her. Noch früher hat Georg Picht für die heute „alte“ genannten Bundesländer den Bildungsnotstand ausgerufen. Sprichwörtlich gilt der Prophet im eigenen Land bekanntlich nichts. Aber Picht wurde gehört, eine Debatte über die Reform des Schul- und Bildungswesens setzte ein, das dreigliedrige Schulwesen geriet in die Diskussion und kam auf den Prüfstand. Ein Ergebnis war der Gesamtschulversuch in Nordrhein-Westfalen, der 1969 mit sieben Schulen gestartet wurde.

Die Begeisterung darüber war bei denen, die die Arbeit zu machen hatten, also vor allem bei den Lehrerinnen und Lehrern, ebenso groß wie der Eifer, etwas zu entwickeln, was es bis dahin in dieser Form noch nicht gegeben hatte und was vom Deutschen Bildungsrat als deren Aufgabe bezeichnet wurde: In einem zwischen den Versuchsschulen zu organisierenden Prozess kooperativ Curricula, also Lernformen, -inhalte und -ziele des Unterrichts als aufeinander bezogene und zu integrierende Teile des Lernens, zu entwickeln. Es herrschte eine Aufbruchstim-

mung, wie es sie im bundesdeutschen Schulwesen wohl vorher wie nachher nicht gegeben hat und heute schon gar nicht mehr gibt.

Was als Kooperation aller Beteiligten verstanden und begonnen wurde, bekam allerdings recht bald einen Beinamen und hieß dann „vertikale Kooperation“. Aus Beteiligung wurde Steuerung, wofür dieser schlichte Satz des Ministerialbeamten, der auf die Entwicklung der Gesamtschule in NRW entscheidenden Einfluss hatte, eine Begründung sein sollte: „Wer den Topf hat, hat auch das Sagen, und davon wollen wir auch Gebrauch machen.“ (Nahl, 1969) Oder: „Sie sollen exekutieren, nicht diskutieren.“ (Nahl, 1972)

Nach Ansicht der Schulleiter, die er so angesprochen hatte, wurden damit die schriftlich fixierten, heute manchen als papieren erscheinenden Gründungsideale der integrierten Gesamtschule ausgehebelt. Sie stellten Jahr für Jahr in sich ändernden Formulierungen fest: „Wir sehen uns nicht länger in der Lage, die Eltern unserer Schüler in dem Glauben zu lassen, als könne die Gesamtschule in der gegenwärtigen Form die im Nordrhein-Westfalen-Plan '75 formulierten Erwartungen erfüllen.“ (1972)

Nach und nach nahmen diejenigen, die in den Schulen die Arbeit mit dem Gesamtschulversuch hatten, „Abschied von den Reformillusionen“. Denn obwohl allen, die sich damit befasst haben, klar sein musste, dass der Erfolg des Schulversuchs vor allem vom Engagement der Lehrerinnen und Lehrer abhängig sein würde, beschäftigte sich die Ministerialbürokratie vordringlich mit der Verhinderung einer, wie sie es nannte, „Massierung schulreformerischer Einseitigkeiten“. Das Ergebnis dieses Konflikts zwischen politischer Steuerung und pädagogischem Engagement drückte ein Schüler damals so aus: „Ich habe gedacht, ich wäre an einer neuen Schule, in Wirklichkeit stinkt der alte Mist hier nur anders.“

Jürgen Girgensohn, in dieser Zeit Kultusminister, fand daran nichts falsch, fasste seine Beurteilung allerdings in andere, positiv, also gut gemeinte Worte: „Die Gesamtschule wird sich als zum Abitur führende Schulstufe nicht mehr von den ‚konventionellen‘ Schulen unterscheiden.“ (1973) (Girgensohn war wohl nicht bekannt, dass „gut gemeint“ das Gegenteil von „gut“ ist.) Der „alte Mist“, zu dessen Überwindung die Gesamtschule hätte beitragen sollen, war (und ist) vor allem die durch die Schule betriebene (schichtenspezifische) Auslese.

Das dreigliedrige Schulsystem, das es in dieser Form in vielen Ländern Europas nicht gibt, legt mit der Verteilung der Kinder auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium deren Lern- und Lebenschancen ganz offensichtlich zu früh fest. Die integrierte Gesamtschule sollte den Lernprozess öffnen und auch denen eine Chance zum Lernen und zum sozialen Aufstieg geben, denen dieser früher durch die Zuweisung in Haupt- und Realschule verbaut war.

Aber obwohl der Begriff Gesamtschule besagt, es handle sich um eine Schule für alle Kinder, war von einer solchen Entwicklung für die Gesamtschule in NRW nie die Rede. Und das lag nicht nur an der Agitation und Propaganda der konservativen und reaktionären Kräfte in diesem Land und seinem Landtag. Auch nicht in erster Linie an fehlender Courage der Regierung. Eher am Fehlen einer wichtigen Voraussetzung dafür: dem Verständnis für die Ursachen des von Picht festgestellten Bildungsnotstands.

Statt in Perspektive das dreigliedrige Schulwesen ablösen zu sollen, war die Gesamtschule von Anfang an und für die Zukunft als viertes Glied des NRW-Schulwesens gedacht. Wie aber eine Gesamtschule die ihr zugeschriebenen Möglichkeiten entfalten und die ihr programmatisch zugeschriebenen Ziele erreichen können soll, die lediglich neben den anderen Schulformen her betrieben wird, ist und bleibt das Geheimnis derjenigen, die so entschieden haben. Sie haben dieses Geheimnis bis heute nicht gelüftet. Im Hellweger Anzeiger wurde dieses Dilemma, allerdings ohne sonderliches Problembewusstsein, so formuliert: „Da es in Kamen keine Hauptschule mehr gibt, geht der Rest der Jungen und Mädchen zur Gesamtschule.“ (1973)

Diese Definition der Gesamtschule aus einer negativen Abgrenzung zum Gymnasium ist ein Hinweis darauf, wie die Gesamtschule durch das dreigliedrige Schulwesen und vor allem durch die Fortexistenz des Gymnasiums geprägt worden ist. Allerdings hatte dieses auch Einfluss auf die Struktur der Gesamtschule selbst: Es gibt bis heute keine eigenständige Oberstufe der Gesamtschule, sondern diese wird ab dem elften Jahrgang zum Gymnasium. Dass sich dies auf den Unterricht und das Lernverhalten schon in der Mittelstufe auswirken musste und muss, ist nur mutwillig zu verkennen. Es sieht ganz so aus, als ob die Gesamtschule nicht nur in Nordrhein-Westfalen einen falschen Namen trägt, mit dem sich falsche Hoffnungen verbinden.

Ein Mädchen namens Nora hat, wie Sie in dem Flyer lesen können, der zu dieser Veranstaltung einlädt, nach dem Besuch der heute zu eröffnenden Ausstellung gesagt: „Ich denke auch, dass nach dem, was die Gesamtschule eigentlich werden sollte, sie sich viel zu sehr dem gebeugt hat, was das Gymnasium an Vorschriften hat.“ Das ist allerdings ein Missverständnis. Denn die Gesamtschule sollte nicht „eigentlich“ etwas anderes werden. Ihre „Beugung“ gehörte zum Programm.

Es gäbe noch viel zu berichten aus der Anfangszeit der Gesamtschulen in NRW. Etwa über das Engagement und die besondere soziale Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer, die die Eskapaden der politischen Steuerung erträglicher gemacht haben. Oder über die Stücke aus dem Tollhaus, die die ministerialbürokratische Theorie und Praxis von „vertikaler Kooperation“ hervorgebracht haben. Also zum Beispiel über die Entwicklung der Rahmenlehrpläne insbesondere für Deutsch, Gesellschaft/Politik und Visuelle Kommunikation/Ästhetische Erziehung, die das Ministerium viel lieber schlicht als „Kunst“ bezeichnet gesehen hätte. Oder über die Unterrichtseinheit Arbeit, die in Fröndenberg entwickelt wurde und allzu realistische Einblicke in den kapitalistischen Produktionsprozess vermittelte, als dass sie hätte Eingang in das Gesamtschul-Curriculum finden dürfen. Anderswo ging es nicht weniger gemein zu.

Aber ich möchte lieber noch etwas zur Aktualität von Georg Picht sagen. Wie Sie vielleicht wissen, hat Karl Marx gemeint, geschichtliche Ereignisse fänden häufig zweimal statt, einmal als Tragödie und einmal als Farce. In diesem Sinne liegt die Tragödie hinter uns. Georg Picht zum Hohn ist es nicht gelungen, ein Schulwesen zu entwickeln, das keinen Bildungsnotstand produzieren würde. Wie Ihnen allen bekannt ist, heißt Picht heute Pisa und ist eine Studie der OECD, die vermuten lässt, dass sich in den vergangenen 30 Jahren nicht viel zum Positiven verändert hat.

„Pi“ scheint die Schicksalsgröße des deutschen Schulwesens zu sein für einen spezifischen Versuch der Quadratur des Kreises: mit sozialer Auslese per gegliederter Schule soziale Chancengleichheit herzustellen. Andreas Schleicher, der OECD-Chefstatistiker, „spottete“, wie in der taz zu lesen war, „eher beiläufig über die frühe Auslese der Deutschen in Hauptschule, Realschule und Gymnasium“. Dafür hat er sich „bittere Vorwürfe“ eingehandelt, gerade so, als ob diese drei Schulformen nicht

mit ihren Schülerinnen und Schülern in der Pisa-Studie ausgesprochen schlecht abgeschnitten hätten.

Lothar Sack, Leiter der Berliner Fritz-Karsen-Schule, der ältesten bundesdeutschen Gesamtschule, hält dagegen. Er ist der Überzeugung, dass die Auslesemechanismen der Gesamtschule deutscher Art nicht unbedingt anders seien als die der gegliederten Schule. Auch die Gesamtschule sei vom „Bazillus der Selektion“ befallen und halte „die äußere Differenzierung wie einen Götzen hoch“. Selbst die Bildungsgutachter der Heinrich-Böll-Stiftung, von denen – von wem sonst? – das eigentlich zu erwarten wäre, haben nicht gewagt, die Gretchenfrage des deutschen Schulwesens zu stellen, was ihnen bei einer Tagung mehr als berechtigte Kritik einbrachte: „Sie drücken sich um die Diskussion der Schulstruktur.“

Mit einiger Ratlosigkeit habe ich auf dem Weg hierher in einer taz-Beilage der Heinrich-Böll-Stiftung gelesen, was die ehemalige Schulse-natorin von Berlin, Sybille Volkholz, dazu geschrieben hat: „Die Strukturfrage in den Vordergrund zu stellen, baut den Misserfolg sozusagen programmatisch mit ein. Gesamtschulen lösen das Problem nicht, wenn dort derselbe schlechte Unterricht erteilt wird.“ Eine Banalität, die aber die Verhältnisse auf den Kopf stellt.

Dabei und damit sind diese schlaun Köpfe allerdings nicht alleine. Das dreigliedrige Schulwesen mit der Gesamtschule als Wurmfortsatz oder auch Ersatzhauptschule ist in diesem Land ein Tabu, dem möglicherweise selbst mit den Ergebnissen der Pisa-Studie nicht beizukommen ist. Das ist, nach Karl Marx, die Farce, die wir zu erwarten haben: Es wird eine Debatte über eine Reform des bundesdeutschen Schulwesens geben, deren Ergebnisse mit großer Wahrscheinlichkeit diesen Namen noch weniger verdienen als die Einführung der Gesamtschule als Regelschule in NRW.

Woran das liegt? Am Verständnis derer von Lernen, Bildung und Schule, die als „politisch Verantwortliche“ gelten und dafür gehalten werden. Oder richtiger: an deren mangelhaftem oder fehlendem Verständnis für Lernen, Bildung und Schule. Denn was war die Reaktion von, zum Beispiel, Kanzler Schröder auf die Pisa-Studie? Er forderte die ganztägige Betreuung der Schülerinnen und Schüler. Worauf Dieter Wunder sehr richtig erwidert hat: „Betreuung ist genau das Gegenteil von Fördern

und Lernen.“ Es sei wichtig, ganztägige Angebote als Bildung zu begreifen. Aber da es unsere „politisch Verantwortlichen“ nicht für nötig halten, sich in der Welt umzusehen, um vor allem eins zu begreifen, nämlich dass eine gegliederte Schule nicht nur eine Schule der Chancengleichheit ist, sondern auch eine Schule, die Lernpotenziale unterdrückt, werden wir höchstwahrscheinlich auf absehbare Zeit kein Schulwesen bekommen, das auch nur in etwa konkurrieren kann mit denen der Länder, deren Schülerinnen und Schüler in der Pisa-Studie weit besser abgeschnitten haben als unsere durch Dreieinhalbgliebigkeit geplagten Kinder und Jugendlichen.

Oder, um meinen letzten Satz aus „Wie verhindert man Schulreform? – Modellfall Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen“ (1973) zu zitieren: „Die Konzeption von polytechnischer Erziehung und Einheitsschule, die in der Nachkriegszeit unter dem Druck des Kalten Krieges aufgegeben wurde, wird die Kräfte freilegen, die auch durch die Gesamtschule heute noch gefesselt werden.“ Das mag manchen nach DDR klingen. Soviel aber scheint mir sicher: Eine Gesamtschule wird nur dann die Ziele erreichen, die ihr zugeschrieben werden, wenn sie wirklich eine Gesamtschule ist, also eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen. Erst dann ist der „Kampf für eine demokratische Schule, die Schule für alle Kinder“ gewonnen. Vielleicht ist diese Ausstellung ein Beitrag dazu. Das wäre, nein, das ist zu wünschen und zu hoffen.

Ich danke Ihnen, vor allem aber Ulrich Wiegner und all jenen, die sich für das Zustandekommen der Ausstellung engagiert haben. Schließlich würde ich mich darüber freuen, wenn die GEW ihren Einfluss geltend machen würde, damit die Ausstellung auch dort zu sehen ist, wo es dringend nötig ist: im Landtag und im Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen.